

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

der Fraktion DIE LINKE

der Fraktion der CDU

der Fraktion der FDP

der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN auf Durchführung einer Aktuellen Stunde

Verockerung der Spree – Gefahren für die Fließgewässer und den Spreewald eindämmen (DS 5/6694)

Der Landtag stellt fest:

Die sogenannte Verockerung (Braunfärbung) der Spree und anderer Fließgewässer in der Lausitz ist, wie auch die Anreicherung von Sulfat im Grund- und Oberflächenwasser, in großen Teilen das Ergebnis des Braunkohleabbaus insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten, der notwendigen großflächigen Grundwasserabsenkungen sowie der damit verbundenen Eisensulfid-Verwitterung. Die Ursache für den bergbaubedingten Stoffeintrag in die Spree liegt vornehmlich in den ehemaligen Tagebaukippen im Freistaat Sachsen. Über die Spree werden sowohl Eisen als auch Sulfat als Fracht in Richtung Brandenburg transportiert, wobei die Talsperre Spremberg als Auffangbecken für den Großteil des Eisenrückhalts eine wichtige Funktion übernimmt.

Die Belastung der Spree und weiterer Fließgewässer in der Lausitz durch Eisenhydroxid hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Ein am 08.01.2013 in Spremberg vorgestelltes Gutachten der LMBV kommt zu dem Ergebnis, dass die Belastung der Fließgewässer und des Grundwassers ein historisches Ausmaß erreicht hat. Es wird von einer weiteren Zunahme der Konzentration und einer anhaltenden Belastung auch für die kommenden Jahrzehnte ausgegangen.

Gemäß dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg kann die Einleitung Eisen-II-haltiger Wässer zur direkten Verarmung der aquatischen Fauna und zur Beeinflussung der Flora in den Gewässern führen. Eisenhydroxid kann in hoher Konzentration bei Fischen zum Verkleben der Kiemen und durch Abdeckung der Gewässersohle und der Gewässerböschungen bei Fließ-

gewässern zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bodenorganismen und der Fische (Verlust der Laichplätze und Nahrungsquellen) führen. Des Weiteren beeinträchtigt die Verockerung der Spree das aquatische Ökosystem im Biosphärenreservat Spreewald und damit den Tourismus in der gesamten Spreewaldregion, der die Einkommensquelle für viele Familien und Spreewaldkommunen ist.

In besonderer bergbaulicher Verpflichtung steht hierbei die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) für die vor 1989 in Anspruch genommenen Bergbauflächen und ihre Sanierung. Ziel der Maßnahmen der Bergbausanierung und des aktiven Bergbaus muss es sein, diese Belastung soweit wie möglich zu reduzieren sowie ihre Folgen zu mindern.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich im Steuerungs- und Budgetausschuss dafür einzusetzen, dass Maßnahmen zum Schutz der Fließgewässer vor Eisenhydroxid- und Sulfateintrag eine höhere Priorität beigemessen wird.
2. in enger Kooperation mit der sächsischen Staatsregierung dafür einzutreten, dass die LMBV in Auswertung der vorliegenden Gutachten kurzfristig Maßnahmen zur Verringerung des Stoffeintrags und zur Reinigung des Wassers umsetzt.
3. Sofortmaßnahmen einzuleiten, die die weitere Verockerung reduzieren können, wie die Wiederinbetriebnahme und den Neubau von Grubenwasserreinigungsanlagen, die Bewirtschaftung der Talsperre Spremberg und Maßnahmen zum Rückhalt des Eisenhydroxids vor dem Spreewald.
4. dafür Sorge zu tragen, dass das Netz von Messstellen für Eisenverbindungen und Sulfat in der Spree und dem potenziell gefährdeten Einzugsbereich bei Bedarf verdichtet wird.
5. sich gegenüber dem Bund für eine Anpassung der Baggergutrichtlinie/ Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung sowie für die damit verbundene Verwertung und Beseitigung der Schlämme aus der Nassausbaggerung einzusetzen.
6. einen einheitlichen Ansprechpartner als Beauftragten der Landesregierung zu benennen.
7. größtmögliche Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit hinsichtlich der geplanten Maßnahmen und der zugrundeliegenden Umweltdaten zu gewährleisten. Dazu soll mit Bürgerinitiativen wie dem Aktionsbündnis „Klare Spree“,

Vertretern der zuständigen Behörden und betroffenen Kreise, Kommunen und Verbände regelmäßig getagt werden.

8. darauf hinzuwirken, dass alle Studien zur Verockerung und Sulfatbelastung der Spree, die vom Land Brandenburg oder der LMBV in Auftrag gegeben wurden und Ergebnisse des Gewässermonitorings zur Beobachtung der Eisen- und Sulfatbelastung im Internet veröffentlicht werden.

Die Landesregierung wird gebeten, über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen, den Finanzierungsbedarf und die getroffene Vorsorge für den aktiven Bergbau dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landtages Brandenburg im 3. Quartal 2013 schriftlich zu berichten.

Begründung:

Seit einigen Jahren wird die zunehmende Eisenhydroxidbelastung der Spree und neuerdings auch einiger Spreewaldflüsse zum allgemein sichtbaren Problem. Gutachten schlagen verschiedene mögliche Maßnahmen vor, um die Einträge aus dem Grundwasser in die Spree zu vermeiden, die Gewässerqualität zu verbessern und eine Ausdehnung der Verockerung zu verhindern. Es sollen nach Möglichkeit schnell Maßnahmen zum Rückhalt des Eisenhydroxids ergriffen werden. Ein zu verdichtendes Gütemessnetz soll helfen, die Entwicklung zu verfolgen sowie den Erfolg der Maßnahmen und mögliche Gefährdungen frühzeitig zu erkennen.

Die Einbeziehung der Öffentlichkeit ist für die Akzeptanz der Maßnahmen, aber auch für die Nutzung des Sachverständigen aus dem öffentlichen Raum von großer Bedeutung.

Ralf Holzschuher
Fraktion der SPD

Christian Görke
Fraktion DIE LINKE

Dieter Dombrowski
Fraktion der CDU

Andreas Büttner
Fraktion der FDP

Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN